

Die Zeitung erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Jahr für West-Deutschland 10,00 M., im Ausland 12,00 M., bei der Spedition 12,00 M. für die Postung. Einzelhefte 1,00 M., bei der Spedition 1,20 M. für die Postung. Einzelhefte 1,00 M., bei der Spedition 1,20 M. für die Postung. Einzelhefte 1,00 M., bei der Spedition 1,20 M. für die Postung.

Die abgehenden Postanstalten über deren Namen folgt 1.- M. einschließlich Erhebungsposten. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erhebungsposten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenanzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellengrüße in Wortanzeigen das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10. Fernsprecher: Amt Norden 822-36, Buchhandlung Zentrum 2645. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ungefähnte Schuld.

Eines vor allem muß jedem Wähler, jeder Wählerin jetzt endlich klar sein. Das wirtschaftliche Elend, in das die werktätige Bevölkerung zu versinken droht, ist nicht verursacht worden durch die Revolution, sondern es ist eine Folgeerscheinung des Krieges. Freilich, hätten wir seit dem November 1918 die entschlossene Durchführung der sozialistischen Forderungen erlebt, so wären zwar auch nicht die Kriegsfolgen restlos beseitigt worden; aber wir hätten die Möglichkeit gehabt, die Lasten des Krieges vor allem den Kreisen aufzuerlegen, die die Urheber und die Ruhmstempel des Nordens waren, und darüber hinaus hätte der sozialistische Aufbau der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staatslebens eine Menge der Not und des Leidens mildern können, die der Krieg verursacht hat. Daran müssen wir denken und müssen immer wieder daran erinnern, wer die Schuld an der endlosen Ausdehnung des Gemetzels getragen hat.

Darüber herrscht kein Zweifel mehr, daß die Militärpartei, die Altpartei, die Schwerindustriellen, die Agrarier, also die Kreise, die sich heute bei den Deutschen Nationalen und bei der Deutschen Volkspartei zusammenschließen, die Entfesselung des Krieges planmäßig vorbereitet und seine Verhinderung unterbunden haben. Die historische Aufgabe der sozialdemokratischen Partei wäre es nun gewesen, getreu ihren Grundbegriffen für die schnellste Beendigung des Völkerringens zu wirken und jeder Regierung die Gefolgschaft zu verweigern, die trotzdem auf eine Fortsetzung des Krieges bestanden hätte. Das Gegenteil aber ist geschehen: die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die heutigen Rechtssozialisten, haben 4½ Jahre hindurch alle Kriegskredite bewilligt und bei jeder Gelegenheit die Regierung des Krieges ihres Vertrauens versichert.

Die Minderheit in der Fraktion, die spätere sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die Vorläuferin der Unabhängigen Sozialdemokratie, drängte unausgesetzt darauf hin, die Regierung zu einer Erklärung über ihre Kriegsziele zu veranlassen und die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen zu verlangen. So hatte im Herbst 1918 Genosse Redebour in der Reichstagsfraktion den Antrag gestellt, bei der Regierung anzufordern, ob sie unter Verzicht auf Annexionen jeder Art zu sofortigen Friedensverhandlungen bereit sei. Dieser Antrag wurde von der Fraktionsmehrheit bekämpft; die Herren Scheidemann, Ebert und Dabid wollten lediglich von dem Reichskanzler Auskunft darüber haben, unter welchen Bedingungen er geneigt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Diese Formulierung fand dann auch Gnade vor den Augen der Mehrheit. Es war vorauszusehen, daß der Reichskanzler darauf eine Erklärung abgeben würde, die bei der damaligen Kriegslage zwar ziemlich verworren lauten mußte, die aber doch alle Annexionisten vollumfänglich befriedigen würde. So ging denn auch Weismann Hollweg von der Behauptung aus, daß England und Frankreich Belgien als Aufmarschgebiet gegen Deutschland betrachteten, und dann erklärte er folgendes:

„Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch, und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Entlastung sichern, was dazu nötig ist, muß erreicht werden. . . Welche Mittel zu diesem Zweck nötig sind, darüber müssen wir uns völlige Freiheit der Entschlüsse vorbehalten.“

Diese Erklärung fand den stürmischen Beifall aller bürgerlichen Parteien. Der Zentrumsabgeordnete Spahn gab im Namen aller Parteien, von den Konservativen bis zu den Volksparteikern, eine Erklärung ab, in der es zum Schluß hieß:

„Wir warten in voller Einigkeit und mit ruhiger Geschlossenheit die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietsveränderungen geregelt werden müssen.“

Die bürgerlichen Parteien hatten sich damit rückhaltlos als Freunde der Annexionen bekannt, und da die Regierung nichts mehr darauf zu erklären hatte, so war es klar, daß sie diesen Krieg im Einverständnis mit allen bürgerlichen Parteien offen als Eroberungskrieg führen wollte. Selbst wenn bis dahin die Bewilligung der Kriegskredite dadurch entschuldigt werden mochte, daß die Regierung ihre Kriegsziele nicht enthüllt hatte, so war jetzt jeder Vorwand und jede Entschuldigung hinfällig geworden. Aber freilich, konnte man erwarten, daß von Deutschen, die sich selbst für Annexionen ausgesprochen hatten, jetzt der Regierung das Wort zu schwören werden würde, daß ihre Eroberungs-

Drei Tage bis zur Wahl!

Nur noch wenige Tage trennen uns von den Wahlen. Mit Eifer und Hingebung haben unsere Genossen im ganzen Reiche gearbeitet, um im Wahlkampfe sozialistische Aufklärung in die breitesten Massen zu tragen. Jetzt gilt es, die letzten Tage vor der Wahl zu nutzen, die Kräfte des revolutionären Proletariats bis zum letzten Mann zu mobilisieren, um am 6. Juni in breiter, geschlossener Front den Feinden des Proletariats gegenüberzutreten.

Auf jede Stimme kommt es an!

Kein Mann, keine Frau darf sich der Pflicht entziehen, am Wahltag ihre Stimme abzugeben. Der 6. Juni muß sich zu einer gewaltigen Kundgebung des klassenbewußten Proletariats, zu einer Willensäußerung für den Sozialismus gestalten, wie ihn die Welt bisher nicht erlebt hat. Am Wahltag muß es sich erweisen, daß die

Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands

zur Wortführerin des deutschen Proletariats, zur Führerin des gesamten arbeitenden Volkes im Kampfe um eine bessere Zukunft geworden ist.

Die Front der Reaktion steht geschlossen gegen uns. Die Mächte des Kapitalismus wissen sehr wohl, daß sie nur einen unbedingten, unnachgiebigen Feind haben, die Unabhängige Sozialdemokratie. Sie wissen, daß die Massen des Proletariats, belehrt durch die Erfahrungen des Krieges und der Revolution, sich unserer Partei zuwenden, um unter ihrer Führung für die Beseitigung der Kapitalherrschaft und die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen. Deshalb richtet sich der Kampf der bürgerlichen Parteien vor allem gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Ihnen leisten die um ihre Herrschaft besorgten Rechtssozialisten treue Waffenhilfe, indem sie auch jetzt in bestigster Weise unsere Partei bekämpfen und anfeinden.

Der Wahlapparat der Reaktion arbeitet mit den skrupellosesten Mitteln. Keine Lüge ist zu gemein, keine Verleumdung zu niedrig, um nicht gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus ausgeschleudert zu werden. Hört man die Reden der reaktionären Agitatoren, so gibt es kein höheres Ziel, als die Niederknüpfung der Arbeiterklasse. Lieft man die Aufrufe der rechtsstehenden Parteien, so gibt es keinen

anderen Weg, als die Zwangsarbeit und den Judenpogrom.

In schamlosester Weise werden die niedrigsten Instinkte aufgestachelt, um auf dem Wege über die nationale und soziale Vergeltung noch einmal die unumschränkte Herrschaft des Junkers und des Kapitalisten aufzurichten. Die Millionen der Schwerindustrie und der Großagrarier stehen diesen reaktionären Elementen ebenso zur Verfügung, wie der weitverzweigte Apparat der Verwaltung, der Kirche, der Presse, der Schule usw. Zäh und beharrlich wird mit Hilfe aller dieser altbewährten Machtmittel daran gearbeitet, das Bewußtsein des Volkes zu verdunkeln, es von der Erkenntnis seiner wahren Interessen abzulenken und unter das Joch einer kleinen herrschsüchtigen Minderheit zu zwingen.

Mit beispielloser Frivolität wird von der Reaktion versucht, den Wahlkampf zur Entfaltung nationaler Leidenschaften und zur Propaganda der Revanchekrieges auszunutzen. Dieselben Leute, die das Brandmal der Anführer des Weltkrieges an der Stirne tragen, suchen bereits wieder den Boden für neue kriegerische Verbrechen vorzubereiten. Gleichzeitig rüsten sie in fieberhafter Weise für den Bürgerkrieg, um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit dem arbeitenden Volke seine wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften mit Gewalt zu entreißen.

Das einzige Mittel zur Abwehr der konterrevolutionären Gefahren

ist die Sammlung der proletarischen Kräfte unter dem Banner der revolutionären Sozialdemokratie. Niemals wird der Friede gesichert und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Reiches vor einer Katastrophe bewahrt bleiben, wenn es nicht gelingt, die ansteigende Welle der Gegenrevolution zurückzuschlagen. Niemals werden die arbeitenden Klassen sich von ihrer Knechtschaft befreien und den Sozialismus aufrichten, wenn sie sich nicht zu einer großen geschlossenen Front zusammenschließen.

Es heißt darum jetzt: Alle Kräfte anzuspannen und am 6. Juni den Mächten der Reaktion zu zeigen, daß die große Mehrheit des arbeitenden Volkes geschlossen hinter ihrer Partei steht:

der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

absichten so offen zutage treten? So hat Herr Scheidemann am 6. April 1916 im Reichstag folgendes erklärt:

„Wenn es gelingt, die vom Zarismus getriebenen Polen frei zu machen, wie sie es immer gewünscht haben, die ganze Kulturmenscheit würde sich freuen. . . Wenn es gelingt, Flamen im Friedensvertrag zu sichern, auf der Grundlage ihrer eigenen Sprache ihre eigene Kultur zu pflegen, ist das eine Vergewaltigung? . . . Man muß ein politischer Hindkopf sein, wenn man sich einredet, daß ein ganzer Weltteil in Flammen steht, daß Millionen vernichtet werden und bluten, ohne daß ein einziger Grenzstein versetzt wird.“

Das waren nichts anderes als imperialistische Gedankengänge, denn mit demselben Recht konnten auch die englischen, französischen und russischen Eroberungspolitiker verlangen, daß eine solche Politik der „Völkerbefreiung“ und des „Grenzerweiterungs“ auf Deutschland anzuwenden

werde. Nur die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hatte immer wieder durch ihre Redner erklären lassen, daß sie gegen jede Eroberungspolitik sei. So hat nach den oben erwähnten Erklärungen des Reichskanzlers und des Vertreters der bürgerlichen Parteien unser verkörperter Genosse Dase ausdrücklich festgestellt, daß er und seine Freunde jede Gemeinschaft mit den Ausführungen, die hier zum Ausdruck gekommen waren, mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Wie die Großen, so die Kleinen. Um ihre Kriegspolitik zu verfeinern, hatte der rechtssozialistische Parteivorstand im Sommer 1916 eine Unterdriftensammlung für eine Weltkalt. Gegen diese Aktion ausdrückte sich in den Reihen der Rechtssozialisten lebhafter Widerpruch, dem Herr Johann Reimbeck, ein Bergarbeiterführer aus dem Ruhrrevier,

Besonders lebhaften Ausdruck gab. Er schrieb einen Artikel, der in der „Glocke“ abgedruckt wurde, und den deren Redakteur, der heutige Kultusminister Konrad Haenrich, mit der ausdrücklichen Bemerkung verjah, daß ihm ähnliche Meinungen aus einer ganzen Reihe solcher Bezirke, auch aus Berlin, zugegangen seien. Reimpeters sagte dazu:

„Durch Unterschreibung der Petition wird der Anschein erweckt, als seien die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands grundsätzlich Gegner jeder Annexion. Nichts ist falscher als eine solche Annahme, und es ist die höchste Zeit, diesem falschen Anschein öffentlich entgegenzutreten, um vor weiteren Weltanschauungen zu warnen. Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind — Annexionisten.“

Soweit Herr Reimpeters seine engeren Gefinnungsgenossen im Auge hatte, so möchte das vielleicht stimmen. Für die Arbeiter in ihrer großen Masse traf das aber nicht zu; sie waren des Krieges schon längst müde geworden und verlangten immer lauter, daß endlich dem Gemetzel ein Ende gemacht werde. Aber wenn die Auffassung von Reimpeters zutrifft, so hatte der rechtssozialistische Parteivorstand um so mehr Anlaß, alle Eroberungspläne zu bekämpfen und die Regierung des Krieges die Gefolgschaft aufzusagen. Ueber solche Worte sind sie aber nicht hinausgekommen, so daß schließlich auch der Versuch, durch eine Konferenz mit neutralen Sozialisten in Stockholm im Juni 1917 eine Lösung der Kriegsfrage herbeizuführen, ergebnislos bleiben mußte. In Stockholm erfuhren die rechtssozialistischen Parteiführer, wie das neutrale Ausland über ihre Rolle dachte; sie wurden auch von den russischen Sozialisten, die schon in der Revolution standen, zurückgewiesen, weil nicht einer unter ihnen war, der sie als vollgültige Sozialdemokraten gelten lassen wollte. Eduard Bernstein, der damals noch bei den Unabhängigen war, hat vier Wochen nach der Stockholmer Konferenz die weitere Entwicklung der Dinge folgendermaßen beschrieben:

„Diese und andere in Stockholm gemachten Erfahrungen leigten es den leitenden Geistern der Reichstagsfraktion nahe genug, irgend etwas zu tun, um ihr gesunkenes internationales Ansehen wieder zu heben. Die Zustände, die sie bei der Rückkehr nach Deutschland hier antrofen, konnten dahingehende Gedanken nur verstärken. Auf der einen Seite die gänzlich unbefriedigende Entwicklung der sogenannten Neuorientierung, das Bestreben, jede ernsthafte Reform bis zur Zeit nach dem Kriege zu verschieben, auf der andern eine ungeheuer verbitterte Stimmung in den Massen, alles das trieb gleichfalls dazu, bei den Debatten über die neuen Kriegsstreife schärfere Töne als bisher anzuschlagen. Sie würden freilich nicht ausgereicht haben, eine ernsthaftere parlamentarische Aktion auszulösen, wenn nicht in den Kreisen bürgerlicher Politiker sich gleichfalls die Erkenntnis Bahn gedrohen hätte, daß die Fortsetzung der Schaulustpolitik des Herrn von Bethmann Hollweg Deutschland einer Katastrophe zuzuführen drohe. Es ist bezeichnend, daß es ein bürgerlicher Politiker, Herr Matthias Erzberger, war, der aus der gegebenen Situation die Konsequenzen zog, daß es diesmal nicht bei mehr oder minder schönen Reden verbleiben dürfe, sondern die Zeit zu einflussvolleren Aktionen gekommen sei.“

Diese Aktion bestand in der Juni-Resolution der Reichstagsmehrheit, die nicht Fleisch und nicht Fisch war und im Auslande nicht den geringsten Eindruck hervorbringen konnte. Nach dieser Resolution kam die Regierung Michaelis mit ihrem „Wie ich sie auffasse“, die Regierung des Zentrumsführers Hertling und schließlich der unauflösbare Zusammenbruch.

Das ist die Schuld der bürgerlichen Parteien, in deren Schlepptau sich die Rechtssozialisten hatten nehmen lassen. Sie haben den Ausbruch des Krieges mit verursacht oder zum mindesten nicht verhindert, sie haben durch ihre Eroberungsabsichten den rechtssozialistischen Abbruch des Gemetzels hintertrieben, sie haben schließlich Deutschland in den Abgrund gestürzt. Diese Schuld ist noch nicht gelöhnt. Am kommenden Sonntag ist Gelegenheit geboten, eine grandiose Abrechnung mit den Schuldigen vorzunehmen!

Vor einem neuen Putsch?

Alarm und Beschwichtigung.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt in seiner gestrigen Abendausgabe eine alarmierende Nachricht über die Ansammlung reaktionärer Truppen in der Umgegend Berlins. Das Blatt schreibt:

„Seit vorgestern konzentrieren sich Truppen, die sich aus Resten des 1. Ostpreussischen und anderer Heerkörper zusammensetzen, in der Gegend von Erkner und Hagenfelde. In Hagenfelde sollen trotz des Protestes des Bürgermeisters die Krankentruppen geräumt werden. Ebenso sammeln sich angeblich in Potsdam bayerische Landwehr. Dort soll Prinz August Wilhelm von Hohenzollern eine besondere Rolle spielen. Am Sonntag sind nach den Mitteilungen unserer Gewährsmänner Aktionen beschlossene, in deren Verlauf alle „Vagabunden“ und bekannteren Nutzgesellschaften Persönlichkeiten verhaftet werden sollen. Die Arbeitererschaft will man durch reichliche Verteilung von Lebensmitteln in Ruhe halten. Es sollen auch Programmpunkte bestehen.“

Daß die Verschwörer der rechtsstehenden Parteien mit ihrem militärischen Anhang den Plan, die Republik gewaltsam zu beseitigen, noch nicht aufgegeben haben, steht außer Frage, ebenso wie sich die Tatsache nicht abstreiten läßt, daß für das gegenrevolutionäre Unternehmen siederhaft gearbeitet wird. Auf der anderen Seite ist zu vermerken, daß die Regierung so gut wie keine Gegenmaßnahmen trifft. Herr Geßler unternimmt Inspektionsreisen und nimmt Lokalitätsberichtigungen der Truppenführer entgegen. Die Führer der Sicherheitspolizei erklären dem Reichspräsidenten ihre Treue. Die bestimmten Nachrichten über die Vorbereitungen zum Sturz der Republik werden demontiert. Ganz wie vor dem 18. März, und wie es dann kommt, das hat der Rapp-Putsch gelehrt. Der Arbeiterschaft ist dringend zu raten, die Ruhe nicht zu verlieren, gesteigerte Wachsamkeit an den Tag zu legen und vor allem ihr Augenmerk auf die Provokateure zu richten, die sich überall in ihre Reihen hineinzudrängen versuchen. Sie darf sich weder überrumpeln, noch durch die bierigen Gerüchte irreführen lassen. Das ist das Gebot der

Stunde um so mehr, als sie bei der Abwehr des etwaigen Putschges ganz auf sich selbst angewiesen sein wird.

Von amtlicher Seite wird die Nachricht über Truppenansammlungen in der Umgegend Berlins demontiert. Es wird erklärt, daß die kriegs Truppen fest auf Seite der Regierung stünden. Alle Nachrichten, daß besonders in Erkner, Hagenfelde und Hagenfelde Truppen versammelt würden, seien erfunden. Das „Berliner Tageblatt“ wird sich hoffentlich noch etwas näher zu seiner Meldung äußern. Und sehr das amtliche Dementi etwas zu stark nach Verzögerungsplätzen aus.

Endendorffs Leute als Kapitalverleiher.

„Ein gutes Schwert frucht alles“ sagt die „Deutsche Zeitung“ über die Wirkung unseres gestrigen Artikels „Endendorffs Leute als Kapitalverleiher“. Sie scheint mit dieser Behauptung recht zu behalten, denn obwohl der wesentlichste Inhalt dieses Artikels einigen von Endendorffs Freunden“ vorher bekannt gewesen sein dürfte, haben diese Herren offenbar die Sprache verloren. Wir hatten immerhin einen Versuch der Rechtfertigung erwartet. Statt dessen aber sieht sich sogar die „Deutsche Zeitung“ genötigt, die Vermögensveränderungen zu bestätigen und zu — entschuldigen. Erklärungen von Endendorffs Leuten sind nach der „Deutschen Zeitung“ lediglich „unerfreuliche Wirkungen“ von „verrückten Gelehrten“.

Uebrigens: Entschuldigen! Wie ist und denn? Soll denn die „Deutsche Zeitung“ ganz den Artikel vergessen, den sie sich am Tage vorher unter der schönen Marke „Die Geschäftsfreunde des Reichsbewertungsamts oder Was aus dem deutschen Heeresgut geworden ist“ geliefert hat? Nicht allen Gefinnungsgenossen der „Deutschen Zeitung“ dürfte übrigens bei der Lektüre dieses Artikels ganz wohl gewesen sein!

Wenn das schwerindustrielle Blatt weiter behauptet, daß die Sensationen im Zusammenhang mit dem Bankhaus Sinner u. Co. leger in der Richtung Erzberger“ liegen, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie ihren Abgott Endendorff in eine Linie mit dem „Reichsverderber“ Erzberger stellt!

Was sagt Herr Geßlerich dazu?

Der Fall Dehne.

Genosse Dehne, der von seiner ostpreussischen Reise wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, stellt in einer Erklärung fest, daß er nicht verhaftet worden sei. Er habe von den Unterredungen, die er mit dem Oberpräsidenten, dem Reichskommissar und dem Polizeipräsidenten hatte, kein Wort veröffentlicht, zu dem er nicht die volle Zustimmung des betreffenden Herrn hatte. Er habe dem Oberpräsidenten auf seine Bitte sogar den Bericht, den er für die Veröffentlichung zulassen wollte, vorher vorgelesen. Herr Borowski hat auf seine Frage über die Behandlung des Materials in der Presse und trotz des mehrfachen Hinweises, daß der Oberpräsident entgegengekehrter Meinung sei, mehrmals darauf gedrungen, seine gesamten Mitteilungen in die Presse zu drängen. Ein Verstum sei ausgeschlossen, da Dehne sich mit Borowski sorgfältig über einige Punkte, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, geeinigt hätte. Bis auf ein kleines telephonisches Mißverständnis hält Dehne alle seine Mitteilungen aufrecht.

Der Staatskommissar berichtigt.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung scheidet uns zum Falle des Epiphils Verfalls noch die folgende zweite Berichtigung:

„Es ist un wahr, daß Verfalla dem Regierungsrat Schwarz oder sonst einem Beamten des Staatskommissariats Nachrichten über eine angebliche kommunistische Verschwörung gegen Verfallung übermitteln hat.“

Das Staatskommissariat scheint sich an einem Spiel mit Worten zu betreiben. Und geht es aber um die Sache. Wir bitten daher um Keuzerung, ob es un wahr ist, daß das Staatskommissariat Unterlagen angeblicher kommunistischer Putschpläne von Verfalla erhalten hat, ob es un wahr ist, daß das Staatskommissariat Adressen angeblich beteiligter Kommunisten von dem Epiphil Verfalla erhalten hat, und ob es weiter un wahr ist, daß auf Grund von Denunziationen des Verfalla zwei Hühlinge aus dem Ruhrgebiet in Berlin verhaftet worden sind. Auf die erfundenen Nachrichten des Provokateurs Verfalla baut sich der ganze Schwundel auf, den die Rechtsparteien vor den Wahlen betreiben. Eine einwandfreie Klärung, inwieweit Verfalla auch mit amtlichen Stellen in Verbindung stand, ist daher äußerst erwünscht.

Der Fall Baasche.

Noch ein amtlicher Bericht.

Die Regierung hat zur Untersuchung der Vorgänge bei der Erschießung Doms Baasches einen Polizeirat an den Talort geschickt, der jetzt einen Bericht über seine Ermittlungen gibt, in dem es heißt, daß

1. eine Verhaftung des Baasche weder von dem Regierungskommissar verfügt noch von dem Militär oder den mitwirkenden Beamten ausgesprochen worden ist;
2. der mit der Durchführung der Durchsuchung beauftragte Offizier vor der Durchsuchung mit dem Besitzer des Hauses hat sprechen wollen und den Gendarmen ersucht hat, Baasche zu ihm zu bitten;
3. der Gendarm dem Baasche gesagt hat, er möchte mit ihm weiter zum Hause gehen, wo ihn einige Herren erwarteten;
4. Baasche mit dem Gendarm auf einem Waldweg dem Hause zugegangen ist und die in der Nähe des Hauses aufgestellten beiden Posten aus einer Entfernung von 10 bis 20 Meter erblickt hat, und daß er darauf sich sofort am Boden und den Weg zurück und um einen Schuppen herum in den Wald gelassen ist;
5. der Gendarm und die Soldaten, die aus dem Wald zurückgekehrt sind, daß Baasche von dem Gendarmen festgenommen worden sei, wiederholt „halt“ gerufen haben;
6. der eine der beiden Soldaten in dieser Annahme, einnehmend der ihm erteilten Instruktion, nach der er schießen dürfe, wenn ein Festgenommener sich durch die Nichtseiner Festnahme zu entscheiden suche und auf dreimaligen Ruf nicht stehe, hinter Baasche zwei Schüsse abgegeben hat, ohne ihn zu treffen;
7. Baasche durch das Geschütz und einen Schuß hinter etwa 150 Meter weit gelassen ist und beim Austritt aus dem Felde von einem anderen Posten gefolgt wurde;
8. dieser Posten annehmen hat, daß Baasche hinter dem der Gendarm und die beiden Soldaten hersehten, und hinter dem Posten gerufen wurde, dem Gendarm nach der Festnahme entgegen zu sein, und zur Verhinderung der weiteren Flucht und nach erfolglosem Ruf auf Baasche zwei Schüsse abgegeben hat, von denen der zweite tödlich war.

Das Polizeirat berichtet des weiteren auszuforschen, daß die Verhaftung des Brandstifters Baasche, die auch mit den Aussagen der Baasche übereinstimmt. Er glaubt sich dabei auf die angeblichen Aussagen der Erzbergerin Frau Lars, stützen zu können und behauptet schließlich noch, Baasche sei krankhaft herabgelassen gewesen, ja, er habe sogar gemohnheitsmäßig die Wilsbühnen betriebe und nach Aussagen der Frau Lars fünf Personen auf dem Gewissen gehabt.“

Der Bericht des Polizeirats unterscheidet sich also in nicht von den Berichten, die der die Aktion leitende Oberleutnant Rapp und der Regierungskommissar, der die Aktion anordnete, bereits gegeben haben. Vermutungen, Annahmen, Mutmaßungen und Verleumdungen statt Feststellungen: Das ist das Kennzeichen der amtlichen Berichte. Die Wahrheit über den „Fall“ Baasche wird also nicht ans Licht kommen. Von behördlicher Seite nicht. Aber aus den ganzen Begleitumständen, die zur Erschießung Baasches geführt haben, kann man heute geschlußfolgern, wo die Schuldigen, wo die Täter sind.

Lüttwisch klagt.

Als im November vorigen Jahres sich die Berliner Metallarbeiter in einem wirtschaftlichen Kampf befanden, lebte von allen Seiten eine siederhafte Dege gegen die Streikenden ein. Die nationalistische Presse behauptete, der Streik der Berliner Metallarbeiter sei politischer Charakter und als Vorstufe zu einem allgemeinen großen Generalstreik für das ganze Reich, zum Sturz der Regierung und zur Ausrufung der Republik vorgesehen. Die militärischen Nachrichtenstellen setzten im Zusammenhang damit erfundene Nachrichten über bevorstehende kommunistische Putsche in die Welt. Roske ließ den Berliner Volkshaus auflösen, verbot die fünfzehnerkommission zu bestehen und andere Volkshausorgane der Berliner Arbeiterschaft zu sprengen. Die ganze Aktion wurde auf Betreiben der Militärkanzlei Lüttwisch rüstete schon damals zum Sturz der Republik und um die Pläne, die er und seine Mitverschworenen hegten, zu verhehlen, wurde eine systematische Dege gegen die Arbeiterschaft betrieben. Schon am paar Wochen früher verlangte Lüttwisch durch einen von seinem Stabschef von Oiderrhausen geleiteten Erlaß die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Deutschland.

Während des Metallarbeiterstreiks gaben wir nun ein Geheimdokument des Generals Lüttwisch wieder, in dem dieser wiederum auf den Ernst der Lage hinwies, die Verheilung der technischen Notfälle und die Einberufung der Zeitfreiwilligen-Kompagnien forderte. Die Echtheit dieses Dokuments wurde hierauf von unabhängiger Seite abgepröft. Da wir aber das Originalschriftstück in den Händen hatten, sagten wir, daß „wohl selten mit so großer Frechheit gelogen worden sei“, wie bei diesem Dementi. Das veranlaßte den Oberbefehlshaber von Lüttwisch, gegen uns eine Anklage wegen Verleumdung einzureichen, die heute vor der Strafkammer zur Verhandlung kommen wird. Neben Lüttwisch fühlen sich auch die bei der Abfassung der Verleumdung beteiligten Offiziere, insbesondere der General von Oiderrhausen, bedrückt.

Wir sehen der ganzen Aktion mit der größten Ruhe entgegen. Die in dem Geheimdokument des Generals Lüttwisch angeordneten Maßnahmen entsprechen durchaus den Richtlinien, die in einer Reihe von Befehlen und Erlässen bereits festgeschrieben waren. Wir konnten deshalb dem Dementi keine Bedeutung beimessen, weil dort in Dinge abgestritten wurden, die den Lebensnerv aller gegen die Arbeiterschaft gerichteten Maßnahmen der Militär bilden. Außerdem haben wir nie zu den Zeitfreiwilligen gehört, die ein militärisches Dementi für des Glaubensbekenntnis eines Heiligen halten. Von den militärischen Dienststellen sind im Laufe des verfloffenen Jahres wiederholt Dementis verbreitet worden, die her Wahrheit zu widerlegen. Wir erinnern nur an die verlogenen Meldungen, die während der Rär 1918 im Jahre 1918 gerade vom Kopps Lüttwisch verbreitet wurden. Die Militärs haben auch nie einen Fehl daraus gemacht, daß sie ihnen ungewisse Nachrichten in das Gegenteil umzudeuten, damit das Ansehen der Truppe nicht geschädigt wird, wie es im Bescheid-Luzemburg-Prozess und in dem Prozess wegen der Ermordung der 22 Matrosen gerichtsmäßig festgestellt wurde.

Es gegen uns erhobene Anklage wird uns daher Gelegenheit geben, den Wahrheitsinn der militärischen Nachrichtenstellen etwas näher zu beleuchten.

Verständigung zwischen Herzien und Kassen.

Am 31. Mai und 1. Juni haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Unterstaatssekretärs Erzengel Dr. Caspar und unter Mitwirkung der Ministerialräte Dr. Gammel und Dr. Söhler die Einigungsverhandlungen zwischen den Herzien und Krankenkassen stattgefunden. Es haben in der Frage des Rechtssystems zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchföhrung der freien Arztwahl bedeutet. Ebenso wurde ein Einvernehmen über die Schaffung von sozialhygienischen Einrichtungen durch Krankenkassen erzielt. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedspruch der Unparteiischen gewählt werden. Dieser steht bei Beendigung nach einzelnen Bestimmungen eine Verdoppelung der bisherigen Höhe vor, die auch der Bemessung der Hausarztvergütung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedspruches haben sich die Parteien bis zum 15. Juni zu erklären.

Die Wohnungsbeschlagnahme rechtsgründig.

Die wiederholt aufgeworfene Frage, ob die auf Grund der Wohnungsmangelverordnung von den Gemeindebehörden ergriffenen Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels (Wohnungsrequisitionierung, Wohnungsbeschlagnahme) durch Anrufung der ordentlichen Gerichte angefochten werden können, ist nunmehr von dem Reichsgericht zur Entscheidung der Kompetenzinstanz durch ein am 20. Mai d. J. in Sachen einer Wohnungsbeschlagnahme in Hannover) ergangenes Urteil dahin entschieden worden, daß der Rechtsweg für unzulässig erklärt wird. Damit ist auch in dieser Richtung bezüglich der Wohnungsbeschlagnahme Klarheit geschaffen worden. Alle derzeitigen Anordnungen sind gültig.

Todesstrafen gegen u. Verlaß. In der Friedenszeit schaft in Hamburg sollte Lüttwisch abend von Verlaß sprechen. Es waren ihm aber so viele Todesstrafen zugegangen, daß er es vorgezogen hatte, Hamburg nicht aufzusuchen.

Der ehemalige „Mörder“ von Moskau, Prinz Wilhelm zu Wied, ist der deutschen Gesellschaft in Stockholm als Legationsrat zugeweiht worden, nachdem er vor einigen Monaten seine Föhrung zum Diplomaten dadurch erbrachte, daß er in Wien im Werte von mehreren Millionen von Deutschland nach Föhrung

Der 6. Juni ist der Tag der Abrechnung

Der Wahlkampf im Reich.

Genosse Ledebour hat auf einer dreitägigen Agitationsreise durch Mittel- und Süddeutschland überall unter den Genossen eine erfreuliche kampfbereite Stimmung vorgefunden, die beste Erfolge am 6. Juni bei den Wahlen verspricht. Die Versammlungsorte waren stets vor Beginn der angesetzten Zeit bereits überfüllt, selbst in solchen Wiesenfeldern wie in Mannheim und München, in denen über 10000 Menschen sich zusammengedrängten. In der Diskussion ergriffen meist Kommunisten verschiedener Richtung, vereinzelt auch Rechtssozialisten, das Wort, ohne indes über den engen Kreis ihrer Parteigenossen hinaus Eindruck zu machen.

Eine Mitteilung des „Vorwärts“, daß in München die Versammlung in großem Tumult geendet hätte, ist wahrheitswidrig. Es entstand allerdings großer Lärm, als ein Kommunist Namens Thomas, der in den ersten Monaten der Revolution noch Rechtssozialist war, sich zu der absurden Behauptung verließ, die Unabhängige Sozialdemokratie sei eine kapitalistische Partei. Die Versammlung wollte ihn durchaus nicht weiterreden lassen, trotzdem der Vorsitzende und der Referent sich bemühten, ihm Gedulde zu verschaffen. Ledebour konnte dann aber in seinem Schlußwort unter stürmischen Beifall die gegnerischen Angriffe widerlegen. In Stuttgart traf es sich, daß zwei Tage vorher der pseudosozialistische Gammann eine große Demonstration der U. S. D. zugunsten der Sowjetrepublik (gleich der im Ruhrgebiet zu Berlin am 11. Mai) durch Reichswehrsoldaten hatte vertreiben lassen. Nur der Besonnenheit unserer Genossen war es zu danken, daß es nicht zu Blutvergießen gekommen war. Ledebour hatte die Ungehörlichkeit dieser aus Berlin nach Stuttgart importierten Kollaboranten scharf kritisiert. Dazu ergriff in der Debatte ein älterer rechtssozialistischer Metallarbeiter das Wort zu längeren Ausführungen, die in der Erklärung gipfelten, daß die Heymannsche Um die längere Zugehörigkeit zur U. S. D. unumgänglich möchten; hiermit trete er der U. S. D. bei. Es wird sich am 6. Juni zeigen, daß Millionen wie jeder schwächliche Arbeiter zu der Überzeugung gekommen sind, daß sie der revolutionären Arbeiterschaft sich anschließen müssen.

Nur keine Verschleierung.

Sagt acht, Beamte!

Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht unter der Überschrift „Beamte, sagt acht!“ folgende Zuschrift aus Beamtenkreisen:

Für die Reichsbeamten hat die Nationalversammlung als die Normalarbeitszeit den Achtstundentag angenommen. Den preussischen Beamten legt der Finanzminister in einem kürzlich erschienenen Erlasse, der durch einen großen Teil der Presse lief, die Verpflichtung auf, ungenügend über die dienstlichen Verhältnisse zu arbeiten. In diesem Grundsatze sei seit jeher (Nicht: zur Zeit der Junker- und Militärbürokratie) festgehalten worden, und es solle auch „künftig“ von ihm nicht abgewichen werden.

Der Erlaß erscheint rechtzeitig genug, um den Beamten zu zeigen, was sie zu erwarten haben, wenn sie oder ihre Angehörigen am Wahltag den Rechtssozialisten die Stimme geben. Denn es ist nur zu naheliegend, daß reaktionäre Vorgesetzte, deren es, ach, noch zu viele gibt, mit Verboten ihnen nicht genehme Untergebene mit diesem Erlasse nach Kräften drangsalieren würden. Der preussische Herr der Reaktion würde sich dann auch bald in der Beamtenschaft des Reiches einschleichen.

Beachtet das, Beamte!

Soweit vortrefflich! Aber der preussische Finanzminister, der den Beamten die Verpflichtung zur Ableistung von ungenügenden Überstunden auferlegt, ist der Rechtssozialist Lüdemann. Und die härtesten Rufe zur Beseitigung des Achtstundentages sind bis jetzt aus dem demokratischen Lager erschallt, und kein Geringerer als Herr Dernburg hat den Ausschlag hierzu gegeben. Die Zuschrift der „Volkszeitung“ muß aber dahin vervollständigt werden, daß die Beamten nicht nur vor der Stimmgabe für die Rechtssozialisten, sondern ganz besonders für die Demokraten und Rechtssozialisten gewarni werden müssen. Denn schlimmer als die offenen Gegner des sozialen Fortschritts sind die Parteien, die sich zum Zweck des Stimmenganges ein sozialpolitisches Wankeltier umhängen, das sie in der praktischen politischen Tätigkeit dann nicht schamlos genug abwerfen können. Von der Partei des Großindustriellen Herrn v. Siemens und des Bankiers Herrn Dernburg ist keine sozialpolitische Umschichtung zu erwarten. Für die Reichs- und Staatsbeamten kommt am 6. Juni keine andere Partei in Frage als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Sie allein wird der Beamtenschaft diejenige Stellung im Staate schaffen, die ihrer Bedeutung für das Volksganze entspricht und sie nicht zu einem willen- und feilen Werkzeug der Bürokratie degradiert, sondern zu freien, selbständigen Staatsbürgern erhebt.

Das demokratische Doppelgesicht.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der Besuchwechsel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ an den Sinnestanzern als Tatsache gelten kann. Hervorragend beteiligt waren an den Verhandlungen für den Sinnestanzern Kommerzienrat Eugen Penz und für die Firma Krupp deren Münchener Vertreter, Dipl.-Ing. Oppner. Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

Ansichts dieser Sachlage wird man gut tun, hinter der beruhigenden Versicherung, daß das Blatt rechtsdemokratisch bleiben werde, ein großes Fragezeichen zu setzen. Jedenfalls ist die Erklärung des hiesigen linksdemokratischen Correspondenten, Dr. Carl Eugen Müller, für unhaltbar. An seine Stelle soll entweder Reichsminister Gericke oder der frühere Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Martin Rohr, treten. Dr. Gericke kandidiert zwar für die Demokratische Partei, steht aber auf ihrem rechten Flügel und hat sich im Erlaß als Vaterlandspatriot und Anhänger des Ausschusses zur schließlichen Niederwerfung Englands hervorgetan.

Die bayerischen Demokraten sind überhaupt eine Sorte für sich. Während die Demokraten im übrigen Reich nachgedungen

den Kampf gegen die Kapp-Regierung mitaufnahmen, stühten die bayerischen Demokraten den Staatsstreich des Generals v. Kahr, der die bürgerlich-rechtssozialistische Regierung Hoffmann wegsetzte und den reaktionären Herrn v. Kahr in den Sattel hob. Die übrigens die hitzige Bezeichnung rechtsdemokratisch aufzufassen ist, geht aus der Bemerkung eines der beteiligten Herren hervor, die lausige Art der „Frankfurter Zeitung“ soll dem Blatt ausgetrieben werden.

Die bayerischen Demokraten sind reif für den Gang der Wiener und Rügden. Sie haben einen Vaterlandsparteiler und Englandfresser als Kandidaten aufgestellt, der ihnen nun noch obendrein vom Großkapital als politischer Leiter ihres Hauptorgans präsentiert wird. Sie haben damit den Befähigungsnachweis zum Aufgehen in die Deutsche Volkspartei erbracht und es ist nicht einzusehen, warum sie sich immer noch mit dem demokratischen Mantel schmücken. Was diese bayerischen Demokraten heute schon offen spielen, ist ja mehr oder minder der wirkliche Charakter der demokratischen Partei, die in sich die heterogensten Elemente vereint.

Im übrigen bedeutet diese Verisierung der öffentlichen Meinung eine schwere Gefahr für die Interessen des arbeitenden Volkes wie für die Reinheit des politischen Lebens überhaupt. Würde sich die Arbeiterschaft hüten, ihr Wissen aus der bürgerlichen Presse zu schöpfen. Es ist großkapitalistisches Gift, das ihr hier in der Dosis eines „harmlosen“ Zeitungsartikels oder einer unscheinbaren Ratig fast immer gereicht wird.

Beamte und Angestellte des Reichs, Staats und der Gemeinden.

Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Wählerversammlung, Müllerstraße 158/159, Ecke Triftstraße, Schulhaus, Thema: Die Staatsangestellten und Beamten und der neue Wahltag. Referenten: Genossen Schneider und Wilt, Hoffmann.

Heute Donnerstag:

Öffentliche Wählerversammlungen der U. S. D.

Schulhaus, Müllerstr. 158/159, Ecke Triftstraße, Schulhaus, Themas: Die Staatsangestellten und Beamten und der neue Wahltag. Referenten: Genossen Schneider und Wilt, Hoffmann.
Herrmannstraße, Müllerstraße.
Herrmannsheim (Loubenkolonie).
Hilmerdorf-Galensee: Aula Goetheschule, Münsterstraße, Ecke Westfälische Straße.
Brieg: 7 1/2 Uhr, Chausseestr. 89.
Rheinold: Frauenversammlung im Stadttheater.
Münsterthal, Sperrnied: 7 1/2 Uhr bei Bangs (Waldhaus) im Münsterthal.
Niederhahnweide: 8 Uhr, Schulhaus.
Tropfen-Baumschulweg: 7 Uhr bei Bangs, am Tropfenweg, Part 20.

Angestellte des Versorgungswesens. Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Bodendauer, Fildensstraße, Versammlung Tagesordnung: 1. Was haben wir am 6. Juni zu tun? Referent: Genosse Fritz Schneider. 2. Was bringt uns der Reichstagswahl? Referent: Helmuth Brömmer.

Seine Kampfesweise.

Eine ernstlichere Debatte als die der Kommunisten läßt sich kaum mehr denken. Ihr ganzer Wahlkampf besteht hauptsächlich in Verleumdungen der Unabhängigen Sozialdemokratie im allgemeinen und einzelner Personen im besonderen. Eine besondere Rederei leistet sich die „Note Hahn“ in einem Bericht über ein Referat Hilferding über „Sozialisierung“. Danach soll Hilferding gesagt haben, die zusammenbrechende kapitalistische Wirtschaft, der Bankrott, könne nicht sozialisiert werden. Die Sozialisierung könne erst erfolgen, wenn die Wirtschaft wieder hergestellt sei. Es folgt dann ein langer Sermon, wie dadurch die Sozialisierung verhindert worden sei. Das Ganze ist natürlich die verkehrteste Verdrehung der Ausführungen Hilferdings in das gerade Gegenteil. Hilferding hat in schärfster Weise gegen das Schlagwort polemisiert, der „Bankrott“ könne nicht sozialisiert werden, das sei einseitig die Rechtssozialisten ausgegeben haben. Er ist wie von selber und insbesondere auch in seinen gestrigen Ausführungen für die Möglichkeit und Notwendigkeit der sofortigen Durchführung der Sozialisierung der wichtigsten und ausschlaggebendsten Wirtschaftszweige eingetreten. Die kommunistischen Redner, die zu Worte kamen, konnten diesen Ausführungen in keiner Weise entgegenzusetzen.

Die „Note Hahn“ existiert entweder absichtlich oder hat diesen Artikel einfach aus der Tiefe ihres Gemütes geschöpft, ohne irgendwelche Kenntnis der Ausführungen. Das Urteil über die moralische Beschaffenheit eines solchen Vorgehens steht ebenso fest, wie der aber geistige Plättigkeit einer Auffassung, die die Schuld an der Nichtverwirklichung des Sozialismus einzelnen Personen zuschreibt und sich einbildet, durch die Debe gegen einzelne Vertrauensmänner revolutionär zu wirken.

Hinterhältigkeit der Rechtssozialisten.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: „Bekanntlich besteht unter Einschluß der rechtssozialistischen Abgeordneten im braunschweigischen Landtage eine sozialistische Mehrheit. Es wäre somit ein Leichtes, eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Die Verhandlungen mit den Rechtssozialisten haben aber bislang noch zu keinem Ergebnis geführt. Das einzige, wozu sie sich aufraffen, war die Erklärung, sie würden dafür eintreten, daß wir als die führende Partei den Präsidenten der Landtagsversammlung zu stellen hätten. Aber eine Vereitelung an der Regierung sollen erst die Verhandlungen geführt werden. Das wäre an sich verzeihen, aber wohlwollend soll diese Konferenz erst am 7. Juni einberufen werden, also nach der Reichstagswahl. Man

hofft wohl noch immer auf ein günstigeres Wahlergebnis im Reich und glaubt dann, einen Trumpf auszuspielen zu können. Besonders beachtenswert ist auch die Bemerkung, die U. S. D. solle allein die Regierung bilden. Die Rechtssozialisten wissen natürlich genau, daß das unmöglich ist und unter den jetzigen Verhältnissen nicht von und geschehen würde.“

Die Rechtssozialisten, die sich keinen Augenblick besinnen, mit den bürgerlichen Parteien Koalitionen einzugehen, ärgern und machen Ausflüchte, wenn es sich darum handelt, auf Grund einer durch „das freieste Wahlrecht der Welt“ zustandekommenen Mehrheit mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden. Es ist damit aufs neue bewiesen, daß die Rechtssozialisten Angst vor zuviel Sozialismus haben, daß sie das Vertrauen zum Sozialismus verloren haben. Damit schreiben sie aus der Reihe der proletarischen Parteien. Die Wahl am 6. Juni wird dies bestätigen.

Die Kriegsverwüstungen im Reichshaushalt

Die Gesamtausgaben des Reiches betragen vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920 58 Milliarden hat 3 1/2 Milliarden vor dem Kriege. An dieser phantastischen Steigerung der Reichsausgaben trägt der Krieg die Hauptschuld. Die meisten Posten des Etats sind ganz ausschließlich als Kriegsfolge anzusprechen. Daneben steht natürlich der ganze Etat aber auch unter dem Einfluß der Schuldenwirtschaft, der allgemeinen Teuerung und der schlechten Wärate. Viele Posten zeigen, mit welcher Unverantwortlichkeit heute mit dem Gelde gewirtschaftet wird. Wir verweisen nur auf die Ausgabe von 18 Milliarden mit der lakonischen Begründung: „Aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung“. Unter diesem Titel sind auch die im Haushaltsplan nicht verzeichneten Ausgaben für die Unterhaltung von Rollenziehungen, der Reichswehr, enthalten. Die groß diese Ausgaben für den neuen Militarismus sind, wird den deutschen Steuerzahlern nicht bezweifelt. Es sei ferner verwiesen auf die 8 Milliarden 600 Millionen für Abwicklung des Heeres und der Marine, die für das letzte Halbjahr vom Oktober 1919 bis März 1920 ausgeworfen waren und zu denen nach einer amtlichen Ankündigung im Etat 1920/21 noch 2 1/2 Milliarden kommen sollen.

Insgesamt sind genau 52 304 679 579 Mark, also mehr als zwei und fünfzigtausend Millionen als ganz unmittelbare Kriegsfolgen zu betrachten. Und darunter sind nicht etwa Kriegsschuldungen oder Abschreibungen der Kriegsschulden. Reichstagswähler, denkt daran am 6. Juni. Die Parteien, mit Ausnahme der U. S. D., tragen die Verantwortung für diese Schuldenlast. In den Orten mit ihnen.

Generalkriegsdrohung in Norwegen.

T. U. Kristiania, 2. Juni.

Die Vertreterschaft der Gewerkschaftsorganisationen protestierte in einer einstimmig angenommenen Entschließung dagegen, daß das Schiedsgerichtsgesetz anlässlich der Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter mit Bezug auf die Tarifrevision angewandt wird. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, energisch gegen dieses Gesetz zu arbeiten. Falls ihre Maßnahmen erfolglos bleiben würden, soll das Sekretariat der Landesorganisation aufgefordert werden, den Generalkrieg zu erklären.

Die norwegische Arbeiterschaft steht im Kampfe um ihre Aktionsfreiheit, die ihr durch das beschriebene Schiedsgerichtsgesetz beschritten werden soll. Das gleiche Schicksal will Herr Alexander Schlicke, der rechtssozialistische Arbeitsminister, der deutschen Arbeiterschaft mit seiner Schlichtungsordnung bereiten. Diese Schlichtungsordnung, das verkappte „Antistreitgesetz“, raubt der Arbeiter- und Angestelltenchaft die Bewegungsfreiheit in wirtschaftlichen Kampfe. Wer diese Anbelung des gewerkschaftlichen Klassenkampfes verhindern will, der gebe am 6. Juni dem Würgertum und den Rechtssozialisten die verdiente Lektion und wähle die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die englischen Wirtschaftsverhandlungen mit Krasin.

T. U. Amsterdam, 2. Juni.

„Telegraaf“ meldet aus London: Lloyd George kommt wieder in die Gunst der Radikalen und sogar der Kommunisten, während er sich die Ungnade der Konservativen zuzieht. Der Grund ist, daß Lloyd George die Beziehungen zu Krasin angeknüpft hat. Vorläufig kommt erst die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen in Frage. Die „offizielle“ „Westminster Gazette“ schreibt: Wir können nicht weiter russische Häfen bombardieren und gleichzeitig Handel mit Rußland treiben. Wir können nicht an einer Grenze ein Offensiv unternehmen und an der anderen zugleich Kaufleute sein und Handel mit Rußland führen.

Nach weiteren Londoner Meldungen soll im Laufe der Woche eine zweite Zusammenkunft des englischen Kabinetts mit Krasin stattfinden. Krasin will auch noch einer Meldung des „Mail“ die Erlaubnis erhalten haben, in London eine Art Filiale der russischen Genossenschaften zu eröffnen. Krasin habe bereits in einer großen Londoner Bank ein Depot von einer Million Pfund hinterlegt.

Schließlich teilt der „New Yorker Herald“ mit, Krasin werde auch nach den Vereinigten Staaten reisen und habe bereits mit amerikanischen Kapitalisten in Unterhandlung.

General Rüttig nicht in Uffah. Die Nachricht eines Provinzialrates, der General Rüttig hätte sich in Schlesien auf, ist falsch. Es handelt sich bei der Meldung um eine Verwechslung mit einem gleichnamigen Subalternoffizier. Wenn der Oberreichsanwalt den Verjaßener weiterhin ebenso eifrig suchen wird wie bisher, wird er wohl nie gefunden werden.

Keine neue Kandidatur Wilens. Daheimlich wird in Amerika bekanntgegeben, daß Wilens nicht zum nächsten Präsidenten kandidieren will.

Klassenjustiz.

F. Sch. Die Herrschenden Klassen haben es bisher immer noch meisterhaft verstanden, sich behördliche Einrichtungen und Organe zu schaffen, die skrupellos genug waren, das aufstrebende Proletariat niederzuhalten, wie überhaupt jede revolutionäre Bewegung — wenn irgend möglich — im Keime zu ersticken. Als einer der Hauptfaktoren hierfür kommt neben der Polizei und dem militärischen Herrschaftsapparat das Justizwesen mit seinem Stab staatlich angestellter Berufsrichter in Betracht. Diesen Berufsrichtern fehlt aber, da sie gesellschaftlich einer ganz anderen Sphäre entstammen, von vornherein jegliche Kenntnis von der Not des Volkes und jegliches Verständnis für den daraus entspringenden ungesüßten Freiheitsdrang. Nur so ist es zu erklären, daß Arbeiter, wenn sie sich bei Lohnkämpfen und anderen Bewegungen, die eine Verbesserung ihrer Lebenslage zum Ziele hatten, in die Maschen des Gesetzes verfangen, in der Regel dahnische Strafen erhielten. Dieselben Richter lassen aber auffallende Milde walten und zeigen ausreißendes Verständnis, wenn es sich um Straftaten und Exzesse ihrer eigenen Klassengenossen handelt. Und so sehen und erleben wir fast täglich, daß von der angeblich objektiven aller Behörden die Bevölkerung mit zweierlei Maß gemessen wird: den revolutionären Gesinnten die härteste Strafe, den Reaktionsären dagegen — vorausgesetzt natürlich, daß sie „der Arm des Gesetzes“ überhaupt erreicht — für die oft allerhöchsten Verbrechen entweder völlige Straflosigkeit oder ein derartig mildes Urteil, daß es einer Freisprechung vertauselt ähnlich sieht.

Das für die letzten Jahrzehnte zu beweisen, dürfte nicht schwer sein. Und wenn nun gar einige unverbesserliche Optimisten mit dem 9. November eine Reformierung gerade des Gerichtswesens erwartet haben, so werden sie geradezu furchtbar enttäuscht sein, wenn sie den Blick jetzt rückwärts schweifen lassen. Der Jahrbuch vom November 1918 bis jetzt ist für unsere Behauptung eine geradezu glänzende Beweisführung und das Material hierfür so überaus reichhaltig, daß wir uns bei seiner Wiedergabe im Rahmen eines Zeitungsartikels die größte Kürzlichkeit aufzulegen müssen.

Zwar erweckte es nach dem 9. November 1918 fast den Anschein, als ob von dem gewaltigen, alles neu belebenden Sturm der Revolution ein leiser Hauch auch bis an die Gerichtstürme vorgebrungen sei. Aber wie gesagt: Es sah nur so. Denn genau betrachtet, hat sich gerade auf dem Gebiete der Rechtsprechung auch nicht das geringste geändert. Es waren nicht nur dieselben Justizbeamten, die über die „Kredler“ zu Gericht saßen, die sich im Januar und März 1919, als sie sich um die Früchte der Revolution betrogen haben, im revolutionären Flan die zum Stillstand gelangte Bewegung wieder vorwärts zu treiben suchten, sondern es zeigte sich auch, daß in den grauen Amtsstuben noch genau derselbe reaktionäre Geist des Novemberherrschers herrschte. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß die Verfügungen des Berliner Polizeipräsidenten, des „Vorwärts“- und Rosshausers usw. fast ausnahmslos zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden? Denn im Grunde genommen hatten sie doch nichts weiter getan als diejenigen, die am 9. November 1918 die alten Gewalthaber zum Teufel jagten. Ja, es wird sich in manchen Fällen sogar schließlich um genau dieselben Personen gehandelt haben, die ermittelnd am 9. November 1918 und dann in der Folge im Januar und März 1919 ihr Leben für genau dieselbe Ueberzeugung in die Schanze schlugen.

Welcher Grund lag also vor, sie das eine Mal straffrei ausgeben zu lassen, sie das andere Mal dagegen mit geradezu drafonischen Strafen zu belegen? Die Erklärung ist ganz einfach: weil inzwischen die Ruhmstriebe der Revolution, die

am Morgen des 8. und 9. November noch zur „Ruhe und Ordnung“ mahnten und erst, als selbst bei dem zaghaftesten Spießer und Philister über den damaligen Verlauf der Revolution kein Zweifel mehr bestehen konnte, gnädigst geruhten, sich in die Regierungsjesell zu klemmen, in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien die Klassenjustiz des November wieder aufleben ließen. Und weil sie sich inzwischen selbst — die Ebert, Scheidemann und Konjorten nämlich — „amnestiert“ hatten, wie ein findiger Staatsanwalt in einem der Spartakusprozesse betonte. Die beste und zutreffendste Antwort auf unsere Frage gibt indes das Hauptorgan der rechtssozialistischen Partei, der „Vorwärts“, in seiner Nr. 74 vom Dienstag, den 10. Februar 1920. Er schreibt:

„Gerecht und Besonnenheit sind leider nicht immer die Begleiter der Politik und Staatslenker. Angegriffen und bedrängt, weigern sie sich oft in die Fose des Verteidigers von Freiheit, Wahrheit und strenger Rechtlichkeit, um derentwillen sie Kampf und Opfer auf sich nehmen. Einmal in den Sattel gehoben, vergessen sie nur allzu oft und allzu leicht ihren Wahspruch und leben das Gegenteil von dem, um was sie streiten, in die Wirklichkeit um. Das ist eine alte Erfahrung, die allen regierenden und mitregierenden Parteien, auch der unsern, als Warnung dienen muß.“

Das also ist des Pudels Kern: „Einmal in den Sattel gehoben, vergessen sie nur allzu oft und allzu leicht ihren Wahspruch und leben das Gegenteil von dem, um was sie streiten, in die Wirklichkeit um.“ Nach diesem Bekenntnis einer köönen Seele wird uns allerdings manches verständlich. Nach dieser Selbstbiographie des „Vorwärts“ finden wir es durchaus erklärlich, wenn beispielsweise das bayerische Kabinett, in dem die Rechtssozialisten die Führung hatten, am 5. Juni 1919 das Todesurteil gegen Leving bestätigte. Wir finden es ferner nicht verwunderlich, wenn in schöner Anlehnung an die einmal eingeschlagene Tendenz der Herr Reichspräsident Ebert nun ebenfalls sein auf Teil zu dem Thema „Verrat von Grundstücken“ beitrug und auch seinerseits drei Todesurteile gegen Arbeiter bestätigte. Wer will schließlich behaupten, daß der durch seine Rede in der Nationalversammlung bekannt gewordene Rechtssozialist Freymuth nicht wirklich sei, als Dritter im Bunde zu gelten? Erklärte er doch als Redner der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung des Justizetats, er sei ein grundsätzlicher Gegner der Wahl der Richter durch das Volk. Also auch hier wieder ein flagranter Bruch und eine geradezu ungeheuerliche Verletzung des Parteiprogramms.

Wenn nun allerdings an die Reformierung des Justizwesens und darüber hinaus an die Verwirklichung von Programmpunkten nach Art des Herrn Freymuth und seiner Gesinnungsgenossen herangegangen werden soll, dann kann einem tatsächlich vor der Zukunft grauen. Dann werden noch geraume Zeit hindurch Urteile, wie das im Karlsruhe-Prozess gefällte, möglich sein, dann werden wir es noch des öfteren erleben, daß ein 20facher Mörder von der Anklage des Todschlages freigesprochen und lediglich wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Gefängnis und wegen Verübung gefährlicher Urkunden zu 30 Mark Geldstrafe oder drei Tagen Haft verurteilt wird.

Wie ganz anders nimmt sich hiergegen der Prozeß aus, der am Freitag, den 28. Mai, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde! Vor die Schranken des Gerichts wurden drei Angeklagte zitiert, die unmittelbar nach dem Kapp-Putsch Flugblätter angeklebt hatten. Ein furchtbares und fluchwürdiger Verbrechen, für das der Anwalt sogar noch Verhaftung beantragte.

Was diesen Prozeß gerade jetzt vor den Wählern besonders aktuell macht, ist weniger sein Verlauf als vielmehr

die Tatsache, daß man wegen des äußerst geringfügigen Vergehens überhaupt erst einmal eine Anklage konstruieren konnte. Vergewaltigen wir uns doch einmal die Situation: Aufrührerisches Gesindel stürzt die Regierung und jagt ihr einen derartigen Schreden ein, daß sie zuerst noch Dresden und später nach Stuttgart ausreißt. Sie vergißt in der Eile sogar, den Belagerungszustand aufzuheben, und als das revolutionäre Proletariat den Kampf gegen die Putzkisten, die Ehrhardt, Drederick, Jagow und Konjorten aufnimmt und zur Verständigung unter sich Flugblätter anhebt, da verfährt es formell gegen eine Verordnung des außerordentlichen „Oberkommandierenden“ Pöcke, der seinerzeit solchen Prozeß verboten hatte. Der Putzk wird durch das einmütige Zusammenstehen von Beamten und Arbeitern niedergeschlagen; und nun folgt das Groteske: Mit der Verfolgung der Meuterer und der Unterbindung der von ihnen begangenen Verbrechen werden vom preussischen Justizminister diejenigen beauftragt, die sich während der Kapp-tage offen auf die Seite der Kappisten gestellt haben. Und der Erfolg? Der war eigentlich jedem Einsichtigen, der die Ergebnisse solcher Untersuchungen von früher her kannte, von vornherein klar: Keine Bestrafung, ja nicht einmal eine einseitige Verhaftung der Aufrührer. Und auf der anderen Seite ein so tadelloses Funktionieren der Justizmaschine, daß selbst die allergeringsten Vergehen nicht übersehen werden, wie uns das der am 28. Mai verhandelte Prozeß soeben noch zur Genüge bewiesen hat.

Wird unter diesen Umständen Recht und Gesetz nicht geradezu zu einer elenden Farce? Und ist man nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, bei Beobachtung dieser Vorgänge von Klassenjustiz zu reden? Wir werden es tun, wie wir es stets getan haben. Wir werden die Tage, die uns noch von den Wahlen trennen, weiblich zur Kritik und Geißelung dieser skandalösen Zustände auf dem Gebiete des Justizwesens ausnützen, damit es den Schuldigen in den Ohren gelst und weiten Kreisen der uns politisch noch fernstehenden die Augen geöffnet werden. Am 6. Juni muß das Volk auch über das Justizwesen sein Urteil fällen!

Gewerkschaftliches.

Die Krise im Bankgewerbe.

Die Bankangestellten sehen in bewunderungswürdiger Geschlossenheit bereit, am Freitag in den Streik zu treten. Im Schiefen und in Bayern sind die Bankbeamten seit Wochen im Kampf. Die Unternehmer geben sich der Täuschung hin, daß die Einzelkämpfe bereits die Kraft der Organisation gemindert haben. Sie hoffen, die Organisation zerschmettern und auch weiterhin die Arbeitsbedingungen ungehindert diktiert zu können. Doch die Gewerkschaft hat mit Recht ihre besten Reserven nicht vorzeitig in den Kampf treiben lassen, um den entscheidenden Schlag zu dem jetzt ausgeht, um so wichtiger führen zu können. Die Bankleitungen bauen darauf, daß ihre Verschleppungstaktik die Unentschlossenen wankelmütig erhalten wird, und daß sie in dem Glauben, daß schließlich doch noch etwas durch Verhandlungen zu erreichen sei, vor dem letzten Mittel zurückgeschrecken werden. Das Verschleppungsspiel wurde jedoch schon zu oft wiederholt. Die Unternehmer erklären sich seit Monaten zu Verhandlungen bereit, treten jedoch nie in diese Verhandlungen ein. Sie machen nie ein ernsthaftes Angebot. Auch heute, Donnerstag, wird im Reichsarbeitsministerium wieder verhandelt. Doch gleichzeitig findet in den Großbanken die Streikabstimmung statt, die zweifellos eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergeben wird, der sofort eintritt, wenn nicht in den heutigen Verhandlungen endlich ein günstiges Ergebnis erzielt werden kann.

Die Bankbeamten haben schon vor 14 Tagen mit 4000 Stimmen Mehrheit den Streik beschlossen, der betragt wurde, weil die kleineren der beiden Bankangestellten-Organisationen noch

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Wie sie so sah und der Wack an ihr vorüberglitzte und die feuchte Luft sie umfädelt, in der sich die Däfte von Erdbeeren und Pfingstrosen mischten, da erwachte in ihr immer lebhafter die Erinnerung an eine Zeit und an einen Tag, wo sie als kleine Dirne von derselben Stelle träumend zu dem Sternsteinhofe aufschah.

Und nun lag er wieder — keinen Schritt entrückt — vor ihr, wie sie ihn als Kind gesehen, mächtig und breit dort oben rosen, als Inge er in der Stunde aus noch seinesgleichen; nur die goldschimmernden Fenster fehlten, — die Sonne war untergegangen.

Ei, du stolzer Hof, du brauchst nit von der Sonn' s' horgen!

Die Türe der Halle öffnete sich und die alte Binslofer steckte den Kopf heraus. „Na, kommst h'rein oder nit? Schon d'längst' Zeit heb' ich durch's Fenster dich da hoden.“

„Ich war ganz in Gedanken,“ sagte Selene, dann fuhr sie in flugendem Tone fort: „Grüß, stell' dir vor, mein Mon wollt' sich verabschieden lassen, fährt h'nüber zum Kraten in die Kreisstadt und der nimmt'n nit an; böllig's Leb'n spricht er ihm ab, 'm armen Teufel, so viel krank soll der sein.“

Die Alte blinzte mit den Augen und grinste mit dem Maul. „Geh zu!“

Selene schnellte von der Bank empor und kehrte der Mutter den Rücken. „Wann d' mir so kommst, dann auch gleich auf der Stell.“ Sie schritt hinweg, die Arme an den Leib ziehend und die Schultern zusammenrückend, wie oft eigenwillige Kinder im Alter tun.

XIX.

Tie Schere war der jungen Aebchenderin unverbessert entfallen und blieb mit der Spitze in dem Boden stecken; sie bildete sich danach. „Glaubst' ich d'rauf,“ sagte sie, „so bekamen wir bald ein' seltsamen Besuch.“ Als sie sich wieder aufrichtete, zeigte sie ein hart gerötetes Gesicht und bemielt, ihren Mann, dem die Rede galt, anzublicken.

*) Ein ganz und gäber Aberglaube, daß, wenn Scheren, Stahlschoren, Messer usw., die jemandem zufällig entfallen, im Boden festzustecken, dies einen seltsamen (seltsamen) Besuch herbeiführt.

Der Herrgottmacher, wenn anders er „drauf glaubt“, war nun vorbereitet, aber gewiß nicht auf den Besuch, der sich seinen Abend noch einstellte.

Der junge Sternsteinhofbauer trat in die Stube. „Gut'n Abend, Leuteln!“ sagte er. „Grüß dich Gott, Aebchender!“ Er bot ihm die Hand, drückte die zögernd dergereichte Rechte und fuhr fort: „Dah' all's Vergangene vergangen und vergessen sein, darum bitt' ich dich. Sod's zeither recht'schaffen berent, das kann ich dich versichern; tu' mir d' eine Freundschaft und laß 's ruh'n. Was mich herführt, is a Bestellung, a Arbeit für dich, 's selbe möcht' ich mit dir bereden.“

Selene wickte mit der Schürze über einen Stuhl und rückte ihn dem Gaste hin. „Tu' dich sehen, — seht' euch allzwei, werd't 's es doch nit aller stehender ausmachen woll'n?“

Sie ging aus der Stube, und die beiden Männer sahen einander gegenüber. Das Kind schlich sich an den ihm Fremden heran. Die Schwarzwaldbruder hatte eine Weile über ganz laut und vernehmlich, dann fragte der Goldschmied leise, wie aus verführter Nehle: „Was brauchst'?“

„Dah' dir also sagen —“

„Bodal“ schrie der kleine Muderl und wies dem Großen eifliche Redereien, welche ihm der Bauer zugestekt hatte.

Aebchender wandte sich den Kopf nach Toni und starrte ihn mit fremdbenenden Augen an.

Dieser senkte den Blick. „Ich hab' 'm nur was mitgebracht, 'm Klein'm, — weil ich mir a Bild bei dir einlegen wollt' damit d' dich der Arbeit auch recht annehmen möcht'it. Sonst wüßt ich mir weit und breit kein'n, der machen könnt', was ich gern hätt', es is niz Klein's, du kannst dabei a Ehr' aufh'n und a schön Stud' Geld verdienen.“

„Das war gleichwohl a unnötige Anschlag,“ murmelte Muderl, nach dem Kinde deutend. „Sag, was d' gern hätt'it.“

„Wirst ja g'ört hab'n, wie äbel's mit meiner Würrin offstelt is? Sie sieht dahin und 's will ihr kein Doktor helfen können. Da fällt mer d's Tod' bei, wend't mer sich halt an Gott und d's Heiligen, wann schon kein' Menschen-Hilf mehr is.“ Er verzog dabei lächelnd den Mund, ohne daß er selbst darum wüßte, ebensowenig begriff der Goldschmied, was für ein Anlach dazu wäre. „Ein Bild will ich schenken lassen.“ — fuhr der Bauer fort — „und 's brüben in Schwenddorf, im Geburtsort der

Wahr'n, in der Kirchen, wo sie g'laust und kopuliert word' is, aufstell'n. Verstehst mich?“

Muderl nickte.

„Das Ganze soll gleichsam a Schül'n sein, oben mit der heilig'n Dreifaltigkeit d'rauf und un' s' flühen links der heilige Antoni, rechts die heilige Rosalia, unsere zwei himmlischen Namenspatronen, so g'wisseweis, als möchtens lust für uns fürbitten. Verstehst mich wohl schon?“

„Ja, ja.“

„Unterhalb kam' in einer Korb benzieret, Greifent (Hahn) a Zofel, wo mer anschreiben könnt', wem und für was d'Fürspruch gelten soll. So — so hab' ich mir's halt ausdenkt. Ich weiß nit, bin ich demlich g'nug g'wisst?“

Der Herrgottmacher schüttelte den Kopf. Er wühlte sich gedrückt, von dem Manne gegenüber kam ihm vor, als sei derselbe verlegen und täte sich beim Heden Gewalt an, nur Selene ging so unbesangene ab und zu, als läße sie den jungen Bauer heute zum ersten Male in ihrem Leben. Das machte den Muderl, er wußte nicht warum, so nachdenklich, daß er die Bestellung überhörte und kont sie wiederholte mußte.

Für's erste erklärte der Herrgottmacher, daß er sich aufs Schneiden von Hierat nicht verstünde; der Bauer möge also zusehen, woher er den breiten Rahmen nähme; dagegen brauche er sich um die Figuren nicht zu sorgen, die würden schon recht ausfallen, aber die Säule müsse ganz wegbleiben, da kam' die heilige Dreifaltigkeit 'n Leuten böllig aus den Augen und derwegen schnitte man doch keine Bilder, daß sie keiner zu loben vermög.

Der Bauer bestärkte, es könne wider'n Meßel bestrichen, wenn man die Geißeln so auf gleichem Fuß mit der Dreifaltigkeit verfahren ließe, auch möcht' es sich nit schon machen, wenn letztere den ersteren fast auf die Köpfe treten würde. Muderl schalt das ein einfältig Reden. Im ganzen, Lieben, weiten Himmel oben gäbe es keine Säule, dess' sei er gewiß, die wäre ja schon längst durch die Wolken auf die Erde herabgefallen und die Geißeln genössen doch ihre Seligkeit in der Anschauung der Dreifaltigkeit und verkehrte als Maßbesser der Menschen mit ihr; werden sie doch nit beim Anschauen sich die Häße verrenken und beim Fürbitten die Lunge herausstrecken sollen? Ein ganz unbillig's, lächerlich's Wortstellen, daß! Die drei göttlichen Personen würden auf einen Wolkenstrom zu sitzen kommen und die beiden Heiligen davor, etwas darunter sitzen und das werde sich ganz gut machen und recht'schaffen schön ausfallen, darauf könne sich der Bauer verlassen! (Fortf. folgt.)

